

E.Burkhardt (LUBU/Linke)

Gemeinderat 21.11.12: Stellungnahme zum Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die wie jedes Jahr gemeinsame Stellungnahme von Herrn Hillenbrand und mir zur Haushaltsplanung 2013 beschäftigt sich nicht mit den Fragen der großen europäischen Politik, obwohl auf diesem Feld Auswirkungen auf die Finanzen der deutschen Kommunen zu befürchten sind. Sie beschäftigt sich auch nicht mit der Frage, warum das Goethe-Gymnasium mit seinen seit 1988 (damals haben wir zum ersten Mal von Schwierigkeiten mit der Heizung erfahren) bestehenden Sanierungsproblemen wiederum in die Vormerkliste gerutscht ist oder die Schlöblesfeldschule ein weiteres Jahr auf den Anbau warten muß, der ihre Raumprobleme lösen soll oder warum für die Sanierung des Bildungszentrums West keine Haushaltsmittel eingestellt sind.

Wir denken positiv!

Der Haushaltsplan 2013 beruht auf guten Finanzeinnahmen.

Dennoch ist der Sanierungsstau insbesondere bei Schulen, Straßen und Kanälen so groß, daß eine Erhöhung der Gewerbesteuer unumgänglich ist. Wir haben schon im Vorjahr darauf hingewiesen, daß man nicht nur den Geldbeutel der Bürger durch Gebührenerhöhungen strapazieren darf, wenn es darum geht, die auch von den Gewerbeunternehmen genutzte und von ihnen immer wieder zur Verbesserung angemahnte Infrastruktur der Stadt in einem guten Zustand zu erhalten, wobei sie besonders an den Straßenbau denken..

Mit der geplanten Erhöhung der Grundsteuern sind wir weniger einig, da sie mit ihren Auswirkungen auch wieder in erster Linie den bürgerlichen Mittelstand trifft und in letzter Zeit in zu kurzen Abständen erfolgt. Wir finden auch die Aussage unverständlich, daß „die Grundlage für die Einheitswerte nach wie vor die Wertverhältnisse des Jahres 1964 sind“. Dieser Satz soll wohl eine Begründung für die wiederholten Erhöhungen der Grundsteuer sein. Wir fragen uns, warum sich die Städte nicht schon lange über ihr Sprachrohr Städtetag für eine Einheitswertberichtigung eingesetzt haben.

Wenn die Gewerbesteuererhöhung mehrheitlich beschlossen wird, werden wir auch der Grundsteuererhöhung zustimmen, weil dadurch notwendige Investitionen ohne Schuldenaufnahme möglich werden und sogar die Rücklagenentnahme reduziert werden kann.

Eine Anmerkung zu den Inhalten des Haushaltsplans. Durch die in Teilen begonnene Budgetierung ist er nicht lesbarer, geschweige denn verständlicher für Amateure in der Finanzplanung geworden. Ein Register wäre noch immer eine große Erleichterung für ehrenamtlich arbeitende Menschen, die die Gedankengänge der Fachleute ein wenig nachverfolgen wollen.-

Mit unseren **Anträgen** wollen wir im Wesentlichen grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung ansprechen. Dazu gehören einzelne, aus der Diskussion über Inhalte nachhaltiger Stadtplanung entstandene Anträge zu wichtigen Zukunftsfragen. Mit Buswartehäuschen beschäftigen wir uns nicht. Die Anträge sollen darauf hinweisen, daß Stadtplanung für die nächsten Jahrzehnte auch nicht nur Energiefragen betrifft, wie man in Ludwigsburg manchmal denken könnte, sondern ein viel komplexeres Arbeitsfeld umfaßt.

Ein Antrag beschäftigt sich zum Beispiel mit Inhalten und Strategien der Ludwigsburger Sozialpolitik. Dazu gehören dann zum Beispiel die Frage nach der notwendigen Zahl von Schulsozialarbeiterstellen oder die Übernahme von Reinigungsarbeiten in städtischen Gebäuden in die Eigenregie der Stadt.

Zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklungsplanung gehören für uns nicht nur Diskussionen über grundsätzliche Themen in immer neuen Zukunftskonferenzen, sondern mutige Realisierung von Maßnahmen, die nicht immer bei allen Bürgern/-innen geschweige denn bei einigen Stadträten populär sind wie Festsetzung von Tempo 30 auf Teilbereichen der beiden Hauptverkehrsstraßen der Stadt (B 27 und Friedrichstraße), um den dort lebenden Menschen wenigstens in der Nacht ein wenig Ruhe zu verschaffen oder die Berücksichtigung der Fußwegeanbindungen in der Verkehrsplanung. Ein Antrag betrifft die Bahnsteigerhöhung am Bahnhof Ludwigsburg. Einen anderen Antrag zur Anpassung des Busnetzes an die entstandenen Neubaugebiete haben wir bereits im Frühjahr eingebracht. Darauf hätten wir auch gerne mal eine Antwort.

Wir stellen auch einen Antrag dazu, daß der Haushaltsplan mit seinen wesentlichen Inhalten, und dazu gehört z.B, die Personalplanung, den Bürgern vorgelegt werden soll, unter anderem, damit sie erfahren, welche Leistung die über 1000 Mitglieder der Ludwigsburger Stadtverwaltung jeden Tag für die Stadtentwicklung erbringen. Auf die Einzelheiten der Anträge will ich nicht eingehen, dazu wird in den Gemeinderatssitzungen im Dezember besser Gelegenheit sein als heute.